

Von Christian Felber

Laut einer Umfrage der Zeit wünschen sich in Deutschland 55 Prozent der Bevölkerung eine umfassende Aufarbeitung des Pandemiemanagements. Bei der kleinen Aufarbeitungsstudie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hat Studienleiter Alexander Bogner „den Verlust von Institutionenvertrauen als zentrales gesellschaftliches Problem“ benannt. Einer aktuellen Umfrage des Unique-Research-Instituts zufolge sehen 52 Prozent der Befragten das Vertrauen in die Politik „geschwächt“. Mehr Befragte betrachten Lockdowns, Schulschließungen und die Impfpflicht als „absolut falsch“ denn als „absolut richtig“. Dass Schulschließungen ein Fehler waren, ist heute weitgehend Konsens. Volksschulen waren in manchen Ländern 82 Wochen lang geschlossen und in anderen gar nicht. Schon im Juni 2020 lag empirische Evidenz der schwedischen und finnischen Epidemiebehörden vor, dass weder Kinder die Treiber der Pandemie noch Lehrkräfte besonders betroffen waren. Dennoch empfahl im Juli 2020 der Modellierer Peter Klimek die Schließung von Bildungseinrichtungen als „bei weitem wirksamste Maßnahme“. Teil einer gründlichen Aufarbeitung sollte die Frage sein, warum auf welche Wissenschaftler gehört wurde.

Eingeschränkte Grundrechte

Ausgangspunkt könnte die Feststellung sein, dass der langfristige historische Trend zur Entwicklung und tieferen Verankerung der Grundrechte in der Coronapandemie mit der Einschränkung von bis zu 25 Grundrechten jäh unterbrochen wurde. Geklärt werden sollte zum einen, ob diese massiven Eingriffe einen Nettonutzen für die körperliche, geistige, seelische und soziale Gesundheit gebracht haben – das ist die Gesundheitsdefinition der WHO von 1948. Zur Beantwortung dieser Frage müssen die Kollateralschäden der Maßnahmen mit dem wissenschaftlich nachweisbaren Nutzen – nicht dem vermuteten – verglichen werden. Dafür müssen die früher Verstorbenen aufgrund aufgeschobener Operationen oder unterbliebener Vorsorgeuntersuchungen genauso berücksichtigt werden wie depressiv und übergewichtig gewordene Kinder und Jugendliche, Bildungsrückstände, Karriereknicks, ruinierte Existenzen, ein Einsamkeit gestorbene Menschen, Selbstmord(versuch)e sowie die Folgen für Bestrafte, Inhaftierte und Gekündigte, weil sie sich gegen eine Maskenpflicht oder „Lockdowns“ ausgesprochen hatten. Dieser Begriff, der im Pandemiemaßnahmen-Katalog der WHO von 2019 noch nicht vorkam, stammt aus dem Gefängnismanagement und bezeichnet das Wegsperrern von Häftlingen wegen Fehlverhaltens in Einzelzellen. Staaten mit Gefängnissen zu vergleichen und unbescholtene Staatsbürger mit zu bestrafenden Häftlingen, passt nicht zu einer menschenwürdigen Krisenkommunikation.

Die Frage ist, woher der autoritäre Stil des Pandemiemanagements plötzlich kam. Die nüchterne Antwort ist: aus China. Viele westliche Demokratien übernahmen die „neue Normalität“, weil der WHO-Generaldirektor persönlich

Vor fünf Jahren ging Österreich in den ersten Coronasommer in „neuer Normalität“. Ernsthaftige Reflexionen über die Pandemie fehlen bis heute. Wie wir kommende Krisen besser bewältigen. Ein Gastkommentar.

Wo bleibt die Aufarbeitung?



Die Abwägung

Christian Felber fragt: Haben die Pandemiemaßnahmen einen Nettonutzen für die körperliche, geistige, seelische und soziale Gesundheit gebracht?

Foto: iStock/Lightspruch

den chinesischen Weg als „neuen Standard“ des Pandemiemanagements lobte. Allerdings: ohne wissenschaftliche Grundlage, es handelte sich um ein Hochrisikoexperiment. Dass es auch ohne Lockdowns ging, zeigt Schweden. Das Land hielt sich an den langfristigen Pandemieplan, die Gesellschaft wurde nicht gespalten, das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen hielt. Das Wichtigste: Praktisch alle Übersterblichkeitsvergleiche weisen Schweden als klaren Sieger aus. (Der Anteil der urbanen Bevölkerung liegt in Schweden höher als in Österreich.) Auch das Beispiel Slowenien zeigt, dass es Alternativen gibt. Nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das viele Elemente des Lockdowns für verfassungswidrig erklärte, entschuldigte sich die sozialdemokratische Justizministerin bei der Bevölkerung, und das Land zahlte sämtliche Coronastrafen zurück.

Eine Wiedergutmachung ersetzt noch keine Aufarbeitung. Dem US-Kongress liegt ein 550-Seiten-Bericht mit harscher Kritik an den Maßnahmen vor, in

Deutschland wird voraussichtlich eine Enquete-Kommission einberufen. In Österreich scheint es dagegen bei der „Mikro-Aufarbeitung“ der Akademie der Wissenschaften – entgegen den wiederholten Appellen Bogners – zu bleiben. Ein Studienhighlight, das Partizipationsformat „Österreich am Wort“, ergab: „In Krisensituationen sollen unterschiedliche Verhaltensweisen gleichermaßen toleriert werden (zum Beispiel ob jemand eine Maske trägt oder nicht).“

Kriegsrhetorik

Welche Lehren könnten für kommende Krisen gezogen werden? Zunächst, dass Krisen tendenziell autoritär oder demokratisch gemanagt werden können. Notstandsdenken und Kriegsrhetorik leisten autoritärem Top-down-Management Vorschub. Ein demokratischer Zugang würde hingegen die Einbindung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung eines pluralen und wertschätzenden Diskurses sowie den Schutz der Grundrechte priorisieren. Diese könnten durch ei-

„Nie wieder darf die Ungleichheit nach einer Pandemie größer sein als davor. Soziale Rand- und Risikogruppen müssen geschützt werden.“

nen Multi-Stakeholder-Krisenrat zusätzlich gestärkt werden, der ein Veto gegen Grundrechtseinschränkungen erhält. Eine weitere Verbesserung gibt es bei der Grundrechtsprüfung: Vor Eingriffen sollte eine positive Nutzen-Schaden-Bilanz in Form einer Gesundheitsfolgenabschätzung vorgelegt und spätestens nach drei Monaten mit wissenschaftlicher Evidenz untermauert werden müssen. Auch das EU-Vorsorgeprinzip könnte verpflichtend werden, dem zufolge „eine Politik oder Maßnahme nicht durchgeführt werden darf, wenn sie der Allgemeinheit (...) Schaden zu-

fügen kann und weiterhin kein wissenschaftlicher Konsens zu diesem Thema besteht“. Vor Lockdowns gab es prominente Warner, der weltweit renommierte Epidemiologe und Stanford-Professor John P. A. Ioannidis prophezeite sogar „a fiasco in the making“.

Schließlich könnten einzelne Grundrechte zur Vorbereitung auf kommende Krisen aufgewertet oder ausgeweitet werden. Das Recht auf Unversehrtheit, das ähnlich wie die Menschenwürde eine Lehre aus dem Nationalsozialismus ist, könnte von einem relativen zu einem absoluten Grundrecht aufgewertet werden: Dann gäbe es in Zukunft keine Impfpflicht und vielleicht auch keine Dauertest- und Maskenpflicht mehr. Ergänzt werden könnte auch das Verbot der Diskriminierung aufgrund eines Gesundheits- oder Medikationsstatus. Das Verbot der Vorzensur durch den Staat könnte auf die Nachzensur in den sozialen Medien ausgeweitet werden. Eine sozialpolitische Maxime könnte schließlich lauten: Nie wieder darf die Ungleichheit nach einer Pandemie größer sein als davor. Das bedarf neben dem Schutz medizinischer Risikogruppen auch des gezielten Schutzes sozialer Rand- und Risikogruppen, zum Beispiel durch ein verbessertes Angebot öffentlicher Güter, Maßnahmen im Bereich gesunder Ernährung und Arbeitsbedingungen sowie eine Obergrenze für Überreichtum. Umfassende Gesundheitspolitik im Sinne von Public Health ist mehr als mechanistische Virologie, sie kommt ohne Angstmache aus und fördert den Respekt der Menschen voreinander. Als Regierungsstrategie.

Der Autor befasst sich mit **Gemeinwohl-Ökonomie, Ethischem Welthandel und direkter Demokratie.**

Veranstaltung

Über das Thema dieses Artikels spricht Christian Felber bei den „Goldegger Dialogen“ 18. bis 21. Juni Schloss Goldegg, 5622 Goldegg



Lob der Grundrechte

Wie wir in kommenden Krisen das Gemeinwohl schützen Von Christian Felber Westend 2025 224 S., kart., € 23,50.



Lesen Sie auch den Artikel „Corona-Aufarbeitung: Aus den Fehlern lernen!“ von Martin Tauss (22.2.2023) auf furche.at.

